



Ursula Heinen-Esser

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel 0 30 / 2 27 – 7 36 04
Fax 0 30 / 2 27 – 7 66 04
E-Mail: ursula.heinen@bundestag.de



Elisabeth Winkelmeier-Becker

Mitglied des Deutschen Bundestages
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel 030 / 227 – 70103
Fax 030 / 227 – 76102
E-Mail: elisabeth.winkelmeier-becker@bundestag.de

26. Oktober 2011

Flughafen Köln/Bonn: Ursula Heinen-Esser MdB und Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB fordern Mediation durch ein „Dialogforum Nachtfluglärm“

Die Entscheidung der Lufthansa-Cargo, ab Ende Oktober Nachtflüge vom Flughafen Frankfurt an den Köln/Bonner Flughafen zu verlegen, erhöht den Druck auf die Nachtflugsituation am Flughafen Köln/Bonn weiter. Zu den bisherigen nächtlichen Fracht- und Passagierflügen kommen ab November weitere Starts und Landungen in der Nacht hinzu. „Die Anzahl der Nachtflüge am Flughafen Köln/Bonn nimmt immer weiter zu und mit ihr auch die ohnehin schon große Fluglärmbelastung – mit allen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Betroffenen“, so die beiden Bundestagsabgeordneten.

Ein fairer Interessenausgleich zwischen den wirtschaftlichen Belangen des Flughafens und der Fluggesellschaften und dem berechtigten Anliegen der von Fluglärm betroffenen Anwohner nach Lärminderung in der Nacht steht dabei bis heute aus. „Wir streben deshalb ein „Dialogforum Nachtfluglärm“ an, wie es der Kölner Chef des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, Johann-Dietrich Wörner, am Frankfurter Flughafen geleitet hat. Nur durch einen transparenten Austausch und eine objektive Gewichtung der neuesten Erkenntnisse aus der Lärmwirkungsforschung kann ein für alle Seiten akzeptabler Interessenausgleich erzielt werden. Angesichts der zunehmenden Offenheit der Rechtsprechung für die Argumente der Fluglärmgegner kann ein solcher Konsens die Rechtssicherheit bieten, die der Flughafen und die Flugverkehrsgesellschaften brauchen.“

Unter der Leitung eines unabhängigen Vermittlers könnten Vertreter der zuständigen Bundes- und Landesbehörden, der Stadt Köln und der betroffenen Gemeinden, Vertreter des Flughafens, der Betriebsräte, der Luftverkehrsgesellschaften, der Wirtschaft, von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen konkrete Perspektiven für die nächtliche Nutzung des Flughafens entwickeln und bisherige Fortschritte in einem Monitoringverfahren bewerten. „Es gibt viele Stellschrauben, mit denen die Situation verbessert werden kann. Eine freiwillige Selbstverpflichtung für den Einsatz geräuschärmerer Maschinen könnte dabei genau so diskutiert werden, wie weniger Starts und Landungen oder ein Nachtflugverbot in Kernruhezeiten. In jedem Fall würde ein solches Mediationsverfahren helfen, die Akzeptanz des Flughafens in der Region zu stärken“, so Ursula Heinen-Esser und Elisabeth Winkelmeier-Becker.